

Gedanken zur Zeit, zu 2024 und 2025

Dr. Klaus Günterberg

Unser Gesundheitswesen ist besser als sein Ruf: Wir haben immer umfangreichere Früherkennungsuntersuchungen, neue und bessere Impfstoffe und bessere Möglichkeiten der Diagnostik als je zuvor. Wir haben neue Medikamente gegen Krankheiten, bei denen wir bisher wehrlos waren.

Wir wollen auch immer kurzfristiger den Zugang zum Arzt, zur Untersuchung und Behandlung haben, jeden Fortschritt der Medizin nutzen, immer älter werden und im Alter immer bessere Pflege genießen; unsere Ansprüche werden immer größer. Ich will das nicht verurteilen, im Gegenteil, ich schließe mich da ausdrücklich mit ein.

Wirtschaftliche Gesetze wirken aber auch in der Medizin, darum muss das alles auch finanziert werden; so sind Überlegungen auch zur Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen angebracht. Vielen Mitbürgern sind Restaurant, Tabak, Alkohol und andere Rauschmittel, Markenkleidung, teurer Schmuck, Piercing und Tattoos, die Yacht, das immer größere Auto, das Elektro-Fahrrad, sind Auslandsfern- und Abenteuerreisen wichtiger als Alters- und Krankheitsvorsorge. Es sind die Mittel für das Gesundheitswesen und im Gesundheitswesen aber begrenzt; also werden neue Strukturen gebraucht, also ist Umdenken angebracht:

- Z. B. **bei den Krankenkassen:** Können wir uns noch 95 Krankenkassen mit 95 Satzungen, mit 95 Verwaltungen und 95 hochbezahlten Vorständen leisten? Ich bin nicht für eine Einheitskasse, m. E. aber würde neben den Ersatzkassen eine AOK und eine gemeinsame BKK reichen.
- Z. B. könnte eine Abgabe (keine Steuer, die könnte auch für andere Zwecke verwandt werden) auf gesundheitsgefährdende Produkte helfen, eine Abgabe die allein den Krankenversicherungssystemen zufließt. Was der Grüne Punkt für die Umwelt, das wäre der Rote Punkt für die Gesundheit (<https://www.dr-guenterberg.de/wp-content/uploads/2022/04/Finanzierung-Roter-Punkt-DtAerztebl-02.pdf>).
- Z. B. würde die Abschaffung von „leistungsbegrenzenden Maßnahmen“ (so der offizielle Sprachgebrauch), vor allem von Budgets, würden auch kostendeckende Honorare alle Ärzte zu mehr Sprechstunden anregen.
- Z. B. muss in der GKV das gegenwärtige System, bei dem weder der Arzt noch der Versicherte die Behandlungs- und Arzneykosten kennt, der Arzt auch nicht den Lohn seiner Arbeit, zu Unwirtschaftlichkeit und Unzufriedenheit führen. Eine Rechnungslegung (wie in der PKV) über die Behandlungskosten, zur Information und Bestätigung durch die Versicherten und zur Zahlung durch die Krankenkasse könnte Abhilfe schaffen.
- Z. B. die elektronische Patientenakte (ePA): Dieses Projekt „Telematik-Infrastruktur“ (TI) hat inzwischen Milliarden gekostet, seit 2006 vermutlich in zweistelliger Höhe, die exakten Kosten werden den Bürgern verschwiegen. Ein

Vergleich mit dem Bahnhof Stuttgart 21 und dem Flughafen BER drängt sich auf. Das Projekt ist so schlecht, Einzelheiten gingen hier zu weit, dass es nur mit Zwangsmaßnahmen einzuführen ist. Für die TI und die ePA werden wirtschaftliche Gründe angeführt. Diese Systeme sind aber, ganz im Gegenteil, sehr unwirtschaftlich: Ein Arzt arbeitet durchschnittlich 20 Jahre als Vertragsarzt; in dieser Zeit verbraucht er für TI und ePA die Arbeitszeit eines ganzen Berufsjahres.

Diese geplante elektronische Patientenakte wäre eine Datei über jeden Bürger, über jeden Arztbesuch, jede Krankheit und jede Behandlung. Wir sind im Gesundheitswesen 5 Mio. Menschen, 2 Mio. hätten Einblick. Das wäre aber vor allem das Ende ärztlicher Schweigepflicht, Grundvoraussetzung ärztlichen Wirkens (<https://www.dr-guenterberg.de/wp-content/uploads/2022/04/Datenschutz-65.pdf>). Zum Vergleich: Niemand würde aus wirtschaftlichen Gründen Das Beichtgeheimnis des Priesters oder die Schweigepflicht des Notars antasten oder gar abschaffen. So ist auch die Schweigepflicht des Arztes (Theologen sprechen von ihrem Beichtgeheimnis, Juristen vom Schutz fremder Geheimnisse, Informatiker vom Datenschutz, immer geht es um die intimsten Dinge der Menschen) in der Abwägung zu mutmaßlichem wirtschaftlichem Nutzen einer ePA das höhere Gut. Das Bundesverfassungsgericht hat zur ärztlichen Schweigepflicht schon geurteilt (BvR 1349/05 v. 6.6.2006); danach ist das Projekt grob grundgesetzwidrig. Und wo das System grundgesetzwidrig ist, da sind die Ausgaben dafür auch rechtswidrig.

▪ Z. B. bei den privaten Krankenversicherungen: Die bilden für ihre Versicherten eine Altersrücklage. Das ist eigentlich eine kluge Regelung, sie macht aber Beitragserhöhungen undurchsichtig und behindert jeden Versicherungswechsel. M. E. sollten die privaten Versicherungen die Höhe dieser Rücklage jedem Versicherten jährlich ausweisen (so wie die Renten- und Lebensversicherung ihren Beitragszahlern regelmäßig die künftigen Ansprüchen mitteilen), bei einem Versicherungswechsel sollten die Versicherten ihre Rücklage mitnehmen können.

Auch unser Land ist besser als wir es von innen sehen. Es lebt nach meiner festen Überzeugung aber deutlich über seine Verhältnisse; wir leisten uns ein Sozialsystem, das wir uns nicht leisten können. Wo sonst in der Welt bekommen arbeitsfähige Menschen in arbeitsfähigem Alter ohne Arbeit ein Leben lang Geld? Solche und andere Ausgaben finanziert der Staat mit Schulden und immer wieder mit neuen Schulden. Schon jetzt gibt der Staat von 477 Milliarden Euro (2024) jährlich 40 Milliarden für Zinsen aus. Und ständig werden neue Schulden gemacht, mit neuen Zinsen. Jeder Bürger weiß, dass „Sondervermögen“ in Wirklichkeit Zusatzschulden sind. Unsere Kinder und Enkel werden Zins und Tilgungen irgendwann bezahlen müssen.

Meine/unsere Eltern haben noch 48 Stunden pro Woche gearbeitet, von Montag bis Sonnabend, und sind dann noch am Sonntag mit uns Kindern Trümmer beseitigen und „Steine klopfen“ gegangen, sie haben die Stadt und das Land wieder aufgebaut. Inzwischen geht es hierzulande schon um eine 4-Tage-

Woche, um immer kürzere Arbeitszeit, um immer mehr Urlaub und Freizeit, um immer höheren Mindestlohn für unqualifizierte Arbeit, um immer weniger Anstrengung, um immer weniger Arbeit für immer mehr Geld. Das kann nicht gut enden.

Der Staat lebt weit über seine Verhältnisse. Ich frage mich manchmal: Was muss passieren, damit sich etwas ändert? Ich wage es nicht, das auszusprechen, ich wünsche mir das nicht. Aber illegale Massmigration, Corona und ein Krieg in der Nachbarschaft waren offensichtlich zum Umdenken nicht genug. Wo können wir als Staat besser wirtschaften, Kosten sparen?

- Z. B. durch eine Staatsreform: Brauchen wir wirklich 16 Bundesländer, alle mit eigener Regierung, Verfassung und Verwaltung? Oder könnten auch einige, z.B. die sächsischen oder die norddeutschen, fusionieren? Ganz selbstverständlich ist München Regierungssitz von Bayern; könnten da nicht nach diesem Beispiel auch die Stadtstaaten Kiel, Hamburg und Berlin mit ihrem Umfeld fusionieren?

- Z. B. durch eine Regierungsreform: Würde ein Bundestag mit 500 Abgeordneten nicht reichen? Und brauchen wir wirklich mit Berlin und Bonn zwei Regierungssitze? Brauchen wir wirklich so viele Ministerien mit so vielen Ministern, Staatssekretären und Beamten?

- Z. B. durch eine Rentenreform: Mit einer Rentenpflicht für jedermann, ob Angestellter, Selbständiger, Beamter oder Politiker, mit Beiträgen nach dem Einkommen und mit einer Rente nach den Beiträgen. Nachbarländer machen es uns vor. Und mit grundgesetzlich garantierter Sicherheit der Rentenrücklagen vor den Begehrlichkeiten des Staates.

- Z.B. durch eine Grundgesetz-Änderung Artikel 16a: „*Politisch Verfolgte genießen Asyl.*“ Einen Staat, in dem Andersdenkenden nicht irgendwie auch Unrecht geschieht, den gibt es nicht. Dazu ein Gedankenspiel: Man denke einmal an einen Staat, dessen Regierung auch unrecht handelt und seine politischen Gegner verfolgt. Die hätten dann hier Asylrecht. Wenn dort nun diese Verfolgten an die Macht kommen und nun ihrerseits ihre früheren Verfolger eben wegen deren Politik verfolgen, nun ihrerseits auch Unrecht praktizieren, dann hätten plötzlich auch die ursprünglich Regierenden, die dann die politisch Verfolgten sind, hier ein Asylrecht. Es ist offensichtlich: Wir können nicht alle aufnehmen, denen politisch Unrecht geschah, die wegen ihrer politischen Tätigkeit verfolgt wurden. Wer aus anderen Gründen kommt, hat ohnehin kein Asylrecht. Deshalb sollte Artikel 16a m. E. lauten: „*Wegen ihres Einsatzes für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Verfolgte genießen Asyl.*“

- Z. B. durch Änderung des Aufenthaltsrechts: Schon jetzt kommen (die Ukrainer nicht eingerechnet) jährlich 200.000 Menschen zu uns, pro Jahr werden 15.000 zurückgebracht; ich will mich vorsichtig ausdrücken. Ja, wir brauchen Zuwanderung qualifizierter Menschen. Aber eine solche ungesiebte Netto-Zuwanderung von jährlich 185.000 Menschen aus anderen Kulturen, mit abendländischen Religionen, mit überwiegend nur geringer Bildung und ohne Kenntnis unserer Sprache? Können wir denen nach unserem Niveau Unterkunft,

Ernährung, Gesundheitsschutz, Bildung und Arbeit bieten? Ich habe da begründete Zweifel. Auch von den 1,3 Millionen Ukrainer werden viele bleiben.

Wir werden die Welt nicht retten, aber vielleicht ein wenig bessern.

▪ Z. B. durch weniger Menschen: Zurzeit leben auf unserem Planeten ca. 8,2 Milliarden Menschen, man rechnet für 2050 mit 9,7 Milliarden. Jeder Mensch auf unserem Planeten braucht Nahrung, Trinkwasser, Kleidung, Unterkunft, Klimatisierung, Transport, Medizin und v. a. m. In entwickelten Ländern ist die Bevölkerung stetig sinkend, anders in Afrika. Leben dort derzeit 1,3 Milliarden Menschen, angesichts der Bevölkerungsstruktur rechnet man dort für 2050 mit ca. 4 Mrd. Menschen. Afrika kann aber so viele Menschen weder ernähren noch tragen.

Folglich wird es dort große Konflikte und Auswanderung geben. Wohin werden diese Menschen wohl gehen? Nach Norden (<https://www.dr-guenterberg.de/wp-content/uploads/2022/04/Langer-Weg-078-54.pdf>). Diese Entwicklung macht mir Sorgen. Was können wir tun? Nun, zumindest können wir diese Entwicklung bremsen, indem wir den Menschen dort Bildung und Verhütungsmöglichkeiten bieten. Damit meine ich nicht Zwangsmaßnahmen nach chinesischem Vorbild, ich meine zuverlässige und lang wirkende Mittel für die jungen Afrikanerinnen (und anderen Frauen) gegen unerwünschte Schwangerschaften (<https://www.dr-guenterberg.de/wp-content/uploads/2022/04/Weltbevoelkerung-Der-Frauenarzt-1.pdf>). Langfristig werden unsere Werte, unsere Demokratie, unsere Lebensweise, unsere Kultur und unser Lebensniveau wohl erfolgreicher mit unseren Verhütungsmitteln auf fremden Lagern als durch unsere Waffen in anderen Ländern verteidigt.

Ist unsere Hilfe für die Welt überhaupt noch angebracht? Wir finanzieren zur Zeit Radwege in Peru, Klimaschutz in China und Luftverbesserung in Indien, um nur einige Beispiele zu nennen. Ich glaube, dass diese Mittel für unsere Bürger, für den Schul- und Schwimmunterricht, für unser Gesundheitswesen, für unsere Verkehrswege, für den eigenen Katastrophenschutz und für unsere Mitbürger nach Naturereignissen, die Beispiele ließen sich fortsetzen, besser angebracht wären.

Wer diese meine Gedanken zum Jahreswechsel 2024/25 liest, mag glauben, ich wäre frustriert oder gar verbittert. - Nein, das ist überhaupt nicht der Fall. Ich bin auch nicht rechts eingestellt. Nein, ich betrachte meine Umwelt nur so, wie ich als Arzt Krankheiten sehe: Zuerst fallen immer die Symptome auf; es geht aber stets auch um Diagnose, Ätiologie (Ursache), Therapie, Rehabilitation und letztlich um Prophylaxe.

Wir werden im Allgemeinen älter als unsere Eltern; die Welt ist also doch nicht so schlecht. Vielleicht lässt sie sich doch noch hier und da verbessern: Ich wünsche es uns allen, auch unseren Kindern und Enkeln.